



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Kinderlärm ist kein Baulärm – und darf auch nicht mehr so behandelt werden Planungen des Bundesumweltministeriums werden konkret

(Berlin, 17.01.2011) Der Lärm von Kindertagesstätten, Kinderspielplätzen und Bolzplätzen waren in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand von nachbarschaftlichen Streitigkeiten. Oft entstehen aus Unmut über die laut spielenden Kinder Klagen. Häufig mussten die Gemeinden dann tief in die Stadtkasse greifen, um zusätzlich teure Lärmschutzmaßnahmen zu bezahlen. Die Folge ist zudem leider oft, dass die Nutzung der Spielstätten stark eingeschränkt wird oder diese sogar geschlossen werden – zulasten der Kinder. Diese Zustände will die Bundesregierung nun ändern und bringt einen Gesetzentwurf auf den Weg.

Die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes erklärt die Berichterstatterin für Kinderlärm der FDP-Bundestagsfraktion, Judith Skudelny MdB: „Nach der geplanten Änderung ist Kinderlärm nicht mehr vergleichbar mit Baumaschinen- oder Verkehrslärm und stellt keine schädliche Umwelteinwirkung mehr dar. Das war lange überfällig. Wir haben damit ein Versprechen mehr aus dem Koalitionsvertrag eingelöst.“

Wichtig ist Skudelny, dass auch Ballspielplätze in die neue Regelung einbezogen werden. Skudelny dazu: „Das ist ein liberaler Erfolg. Ballspielplätze sind wichtige Freiräume für die Entwicklung von heranwachsenden Kindern, waren bisher aber rechtlich nicht geregelt. Wir aber müssen die Kinder in ihrer Entwicklung auch dann fördern, wenn sie nicht mehr klein und niedlich sind.“ Laut Skudelny hat es die FDP während der Verhandlungen mit der CDU/CSU geschafft, dass auch diese Ballspielplätze in die geplante Regelung aufgenommen werden.

Aber damit nicht genug: demnächst soll auch die Baunutzungsverordnung geändert werden. dann sind Kitas in reinen Wohngebieten nicht mehr nur ausnahmsweise, sondern generell zulässig. „Damit“, so Skudelny „wird endlich auch gerichtsfest, was alltäglich sein sollte – kurze Wege vom Wohnort zur Kita“.